

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - Dezember 2017



Danke, Schweiz!

**25 Jahre EWR/EU-Nein.
25 Jahre Freiheit und
Selbstbestimmung.**

Danke der direkten Demokratie.
Am 6. Dezember 1992 sagte
die Schweizer Bevölkerung
NEIN zum EWR/EU-Vertrag!



www.svp.ch  www.facebook.com/SVPch

Neuer Fraktionschef 6-7

Interview mit Thomas Aeschi



Nein zum EWR 8-9

25 Jahre Freiheit und
Selbstbestimmung



Ostmilliarde 15

Eine "wahre" Freundschaft



Die SVP in den Schweizer Medien

Das Wort des Parteipräsidenten



25 Jahre Wohlstand dank EWR/EU-Nein – trotzdem nichts gelernt

Am vergangenen 6. Dezember jährte sich das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum, EWR/EU, zum 25. Mal. Nach einer Abstimmungsschlacht bewahrte damals eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 80 Prozent unsere Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und direkte Demokratie. Der geplante EWR-Beitritt wurde vom Bundesrat als Vorstufe für den EU-Beitritt gesehen. Ohne die damaligen grossen Kämpfer Christoph Blocher, Walter Frey und der Freisinnige Otto Fischer, die gegen heftigste Widerstände aller Parteien mit Ausnahme der SVP, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, der meisten Wissenschaftler und des Establishments insgesamt, den Kampf für ein Nein anführten, wäre die Schweiz heute Mitglied der EU. Ein Zustand, der sich nur noch eine kleine Minderheit gestriger Träumer herbeiwünscht.

Entgegen diesem klaren Trend in der Bevölkerung haben die anderen Parteien und die Mehrheit des Bundesrats aus dieser jüngsten Geschichte offenbar nichts gelernt. So bastelt man seit Jahren hinter den Kulissen an einem, wie es der Bundesrat nennt, institutionellen Rahmenabkommen mit der EU, das in Wahrheit ein Unterwerfungsvertrag mit automatischer Rechtsanpassung und fremden Richtern ist, der praktisch einem EU Beitritt gleichkommt. Dies ist nur im Interesse der EU. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach gar von einem „Freundschaftsvertrag“. De facto hat er die Schweiz aber im Regen stehen lassen. Die Bundespräsidentin versprach ihm 1302 Millionen Franken sog. Kohäsionszahlungen ohne Gegenleistungen der EU zugunsten der Schweiz. Ein schönes Geschenk auf Kosten der Steuerzahler, die aber nichts zu sagen haben sollen, wenn es nach der politischen Mehrheit hier in Bern geht.

Für die kommenden Festtage, wünsche ich Ihnen trotzdem viel Gfreuts und beste Gesundheit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Für eine massvolle Zuwanderung

Das Parlament hat die von Volk und Ständen im Februar 2014 angenommene «Masseneinwanderungsinitiative» nicht umgesetzt. Die vom Parlament beschlossene Scheinlösung wird keinen einzigen Ausländer daran hindern, in unser Land zu kommen. Stattdessen wird sie zu viel mehr Bürokratie für die Unternehmen und Arbeitssuchenden führen. Die Schweiz wird deshalb die Zuwanderung auch weiterhin nicht selbstständig steuern können. Weil ein Volksentscheid aber nicht einfach bedenkenlos umgestossen werden darf, lanciert die SVP die «Begrenzungsinitiative», mit der das Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beendet werden soll.

Die neue Volksinitiative der SVP sieht vor, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern wieder eigenständig regelt. Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit in irgendeiner Form gewähren. Bestehende völkerrechtliche Verträge

dürfen nicht im Widerspruch dazu angepasst oder erweitert werden.

Weiter wird der Bundesrat beauftragt, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb von einem Jahr nach Annahme der Initiative ausser Kraft tritt. Damit soll verhindert werden, dass die Guillotineklausel zur Anwendung kommt. Diese sieht vor, dass bei Kündigung eines Vertrages aus

dem Vertragspaket der Bilateralen I auch alle anderen sechs Verträge aus diesem Paket hinfällig werden. Falls aber eine Vertragsauflösung im gegenseitigen Einverständnis nicht gelingen sollte, muss der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen. Nur so kann garantiert werden, dass wir endlich wieder selber bestimmen können, wer in unser Land kommt.



Eigentlich ist es das Selbstverständlichste der Welt: Jedes freie Land bestimmt selber, wer einwandern darf und wer nicht. Das ist auch der Wille des Schweizer Volkes, das am 9. Februar 2014 die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung annahm. Skandalöserweise aber pfeifen Bundesräte, Bundesrichter und eine Mehrheit der Parteien in Bern neuerdings auf die Volksrechte. Sie weigern sich einfach, diesen Volksentscheid umzusetzen. Aus Angst vor Brüssel, aus Angst vor der SVP, aus Arroganz, was auch immer. Die Masseneinwanderung aber geht ungebremst weiter. Sie treibt die Sozialkosten in die Höhe und drängt Schweizer in die Arbeitslosigkeit.

Das kann so nicht weitergehen. Die SVP lanciert deshalb die Begrenzungsinitiative „für eine massvolle Zuwanderung“. Ziel der Initiative ist es, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu beseitigen. Ob das der Bundesrat endlich durch richtige Verhandlungen herbeiführt oder aber durch eine Kündigung des entsprechenden Vertrags, kann er selber entscheiden. Lasst euch nicht einschüchtern: Es ist unwahrscheinlich, dass die EU eine Kündigung der Bilateralen I, die vor allem im Interesse der EU sind,

zulässt. Sollte sie es wider Erwarten tun, kann das die Schweiz verkraften. Die Vorteile dieser sechs Verträge sind viel kleiner als die Nachteile der anhaltenden Masseneinwanderung. Begrenzen ist überfällig – und vernünftig. Ja für eine massvolle Zuwanderung.

von Nationalrat
Roger Köppel,
Küssnacht (ZH)



4 Kampffjet

Neue Kampfflugzeuge: nötig, bezahlbar und zum Schutz der Bevölkerung

Die Schweiz braucht neue Kampfflugzeuge. Wohlgermerkt: Es geht hier nicht um ein neues Spielzeug für die Luftwaffe, sondern um den Schutz der Schweiz und der Menschen, die hier wohnen. Für die alltägliche Luftpolizei, für den Schutz des WEF und anderer Konferenzen und erst recht für die Verteidigung, falls wir angegriffen werden sollten – für all das brauchen wir Kampfflugzeuge.

Von Bundesrat Guy Parmelin, Chef des VBS



Es gibt derzeit keine Alternative zu Kampfflugzeugen. Mit bodengestützter Luftverteidigung (Fliegerabwehr oder moderne Lenkwaffen) kann man Flugzeuge abschiessen, aber nicht ein Flugzeug zu einem Flugplatz begleiten oder zur Landung zwingen. Kampfhelikopter wären gut zur Bekämpfung fremder Bodentruppen, sind aber selber sehr verwundbar und kein Mittel gegen fremde Kampfflugzeuge. Sie könnten auch nicht hoch genug fliegen und wären viel zu langsam. Auch leicht bewaffnete Trainingsflugzeuge wären zu langsam. Und Drohnen sind für manche Zwecke nützlich, gerade für die Luftpolizei braucht es aber einen Piloten in der Luft.

1. Wir müssen unsere Flotte von Kampfflugzeugen erneuern, und zwar schnell.

Die Luftwaffe hat 30 F/A-18. 2030 läuft ihre Nutzungsdauer ab. Ohne technische Massnahmen wäre das schon 2025 der Fall. Und von den 53

veralteten F-5 Tiger wird nur noch rund die Hälfte regelmässig geflogen; militärisch bringen sie nicht mehr viel. 2030 ist die Luftwaffe am Boden, wenn die Nachfolge der Flieger jetzt nicht speditiv angegangen wird.

2. Für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft gibt es keine Alternative: wir müssen unsere Kampfflugzeugflotte erneuern.

Es gibt derzeit keine Alternative zu Kampfflugzeugen. Mit bodengestütz-

ter Luftverteidigung (Fliegerabwehr oder moderne Lenkwaffen) kann man Flugzeuge abschiessen, aber nicht ein Flugzeug zu einem Flugplatz begleiten oder zur Landung zwingen. Kampfhelikopter wären gut zur Bekämpfung fremder Bodentruppen, sind aber selber sehr verwundbar und kein Mittel gegen fremde Kampfflugzeuge. Sie könnten auch nicht hoch genug fliegen und wären viel zu langsam. Auch leicht bewaffnete Trainingsflugzeuge wären zu langsam. Und Drohnen sind für manche Zwecke nützlich, gerade für die Luftpolizei braucht es aber einen Piloten in der Luft.

3. Wir können es uns leisten, die Flotte von Kampfflugzeugen zu ersetzen.

Der Bundesrat hat am 8. November das VBS beauftragt, die Beschaffung von Kampfflugzeugen und eines bodengestützten Systems zur Luftverteidigung mit bis zu 8 Milliarden Franken zu planen. Das ist viel Geld. Aber es geht um eine Investition in unsere Sicherheit für die nächsten 30 bis 40 Jahre. Und: Die Beschaffung kann aus dem normalen Armeebudget finanziert werden. Der Bundesrat hat dafür in Aussicht gestellt, das Budget ab 2021 jährlich um 1.4 Prozent anzuheben. Also ohne Sonderkredite, ohne Fonds, ohne Anleihen. Und ein weiterer Trumpf: Wir können gleichzeitig auch einen grossen Teil der Bodensysteme der Armee (z.B. Panzer) ersetzen. Dabei gilt zu beachten: Die Armeeaussgaben liegen in der Schweiz trotz dieser Ausgaben weiterhin bei rund 0.7 Prozent



Die Schweiz braucht neue Kampfflugzeuge. Wohlgermerkt: Es geht hier nicht um ein neues Spielzeug für die Luftwaffe, sondern um den Schutz der Schweiz und der Menschen, die hier wohnen.

des Bruttoinlandsprodukts. Das ist etwa halb so viel wie im europäischen Durchschnitt.

4. Die Beschaffung neuer Flugzeuge gibt wirtschaftliche Impulse.

Es gibt nur noch wenige Länder und Firmen, die Kampfflugzeuge herstellen. Ein Land wie die Schweiz könnte dies nie tun: Selbst wenn 10 bis 20 Milliarden für die Entwicklung zur Verfügung stünden, würde es am Zugang zur benötigten Spitzentechnologie scheitern. Die schweizerische Wirtschaft profitiert aber von der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Firma, die schliesslich den

Zuschlag erhält, muss für den vollen Kaufpreis der Kampfflugzeuge in der Schweiz Bestellungen platzieren. Das schafft Arbeitsplätze, erhöht das Steueraufkommen und gibt Zugang zu moderner Technologie. Dabei gibt es Vorgaben zur regionalen Verteilung solcher Kompensationsgeschäfte. So profitieren alle Landesteile.

Die Argumente für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sind einfach:

- Wir brauchen Kampfflugzeuge zum Schutz unserer Bevölkerung.
- Die F/A-18 und F-5 müssen vor 2030 abgelöst werden.
- Es gibt keine tauglichen Alternativen zu Kampfflugzeugen.
- Wir können uns die Beschaffung leisten, ohne finanzielle Abenteuer zu riskieren.
- Die Schweizer Wirtschaft wird ebenfalls in die Beschaffung eingebunden und davon profitieren.

« **Der Bundesrat hat am 8. November das VBS beauftragt, die Beschaffung von Kampfflugzeugen und eines bodengestützten Systems zur Luftverteidigung mit bis zu 8 Milliarden Franken zu planen. Das ist viel Geld. Aber es geht um eine Investition in unsere Sicherheit für die nächsten 30 bis 40 Jahre.** »

Interview mit dem neuen Fraktionspräsidenten Thomas Aeschi

Die Fraktion der SVP Schweiz hat Thomas Aeschi (ZG) zum Nachfolger von Adrian Amstutz (BE) als neuen Fraktionspräsidenten gewählt. Der 38-jährige Zuger gehört seit 2011 der Fraktion an. Seit April 2016 ist er zudem Vizepräsident der SVP Schweiz und seit 2015 Kantonalpräsident der SVP Zug.



Fraktionspräsident Thomas Aeschi

- Geboren am 13. Januar 1979
- Wohnort: Baar (ZG)
- Zivilstand: ledig
- Berufliche Tätigkeit: Unternehmensberater
- Ausbildung: lic. oec. HSG, Harvard MPA

SVP-Klartext: *Weshalb hast du dich dazu bereit erklärt, ein solch verantwortungsvolles und arbeitsintensives Amt zu übernehmen?*

Thomas Aeschi: Das Schweizer Volk hat immer weniger zu sagen: Volksentscheide wie die Ausschaffungsinitiative oder die Masseneinwanderungsinitiative werden durch die Mitte-Links Mehrheit in Bundesbern schlicht nicht mehr umgesetzt. Das darf nicht sein! Die SVP-

Fraktion muss in Bern vehement für den höchsten Souverän – das Schweizer Stimmvolk – kämpfen, damit die Schweiz frei und unabhängig bleibt.

Wie kamst du überhaupt in die Politik?

Als 13-Jähriger habe ich den Abstimmungskampf über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) intensiv verfolgt. Ich spürte, dass das

Schweizer Volk hier eine ganz wichtige Entscheidung trifft, nämlich ob die Schweiz auch in Zukunft noch frei und unabhängig bleibt, oder ob wir uns einseitig an die EU-Fehlkonstruktion anbinden. Nach dem Studium und einem Auslandsaufenthalt übernahm ich das Präsidium der SVP in Baar (ZG), meiner Wohngemeinde. Später wurde ich in den Zuger Kantonsrat und 2011 in den Nationalrat gewählt.

Was sind deine wichtigsten Zielsetzungen als neuer Fraktionspräsident?

Die SVP ist die stärkste Fraktion im Bundeshaus. Als solche muss sie Mehrheiten mit anderen Parteien finden, um den eigenen politischen Zielen zu einer Mehrheit zu verhelfen. Gleichzeitig ist die Stärke der SVP unsere Geschlossenheit. Diese gilt es weiter zu festigen, damit die SVP sich zum Wohl von Land und Leuten durchsetzen kann.

Und auf welches Thema speziell wirst du den Schwerpunkt setzen?

Der wichtigste Kampf der SVP richtet sich gegen das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU. Mit diesem Vertrag müsste die Schweiz fortan automatisch EU-Recht übernehmen. Das Schweizer Volk hätte nichts mehr zu sagen. Würde in einer Volksabstimmung etwas anderes beschlossen als der EU genehm wäre, hätte die EU aus-

drücklich die Erlaubnis Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen. Zudem sollen EU-Richter die Verträge zwischen der Schweiz und der EU auslegen. Die SVP erwartet von FDP-Bundesrat Cassis, dass dieser sein Wahlversprechen hält und die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen abbricht.

Die Unternehmenssteuerreform III ist letztes Jahr knapp an der Urne gescheitert. Wie geht es nun weiter und braucht die Schweiz eine erneute Reform überhaupt? Wenn ja, weshalb?

Das Schweizer Unternehmenssteuerrecht muss modernisiert werden. Hierzu hat der Bundesrat die Steuervorlage 17 präsentiert. Die Reform geht grundsätzlich in die richtige Richtung, muss aber noch feinjustiert werden.

Was ist das wichtigste politische Thema, das die Schweiz 2018 beschäftigen wird?

In der zweiten Hälfte des Jahres 2018 stimmt das Schweizer Volk voraussichtlich über die SVP-Initiative Schweizer Recht statt fremde



Politisert hat Aeschi die EWR-Abstimmung 1992. «Ich war zwar erst 13, doch ich habe gemerkt, dass es um eine wichtige Frage geht: die Unabhängigkeit unseres Landes.»

Richter (Selbstbestimmungsinitiative) ab. Heute kann zum Beispiel die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative zur Ausweisung krimineller Ausländer kaum angewandt werden, weil Mitte-Links die Umsetzung des Volkswillens mit Berufung auf fremdes Recht verweigert. Die Selbstbestimmungsinitiative wird sicherstellen, dass Volk und Stände unser Recht bestimmen, und dass Volksentscheide ohne Wenn und Aber umgesetzt werden.



Aus dem Interview mit der SI vom 24. November:

Was war die bisher beste Idee Ihres Lebens?

Meine zahlreichen Reisen als Rucksacktourist. Mein Studium an der Harvard-Universität und die Zusage, Götti von Sara zu werden, gehören zu den besten Entscheidungen in meinem Leben.

Wer ist Ihr bester Freund?

Ich verstehe mich sehr gut mit meinen Fraktionskollegen Toni Brunner und Thomas Matter. Wir treffen uns auch ausserhalb der Politik. Etwa für einen Jass.

Welche Idee, welchen Wunsch haben Sie endgültig begraben?

Als Kind wollte ich Bauer werden. Diesen Wunsch werde ich mir nicht mehr erfüllen können.



Kurt Reichenbach copyright

Thomas Aeschi wollte als Kind Bauer werden.

Selbstbestimmung u

Bei der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 zum EWR/EG-Beitritt ging es um die zentrale Frage: Soll die Schweiz Schweiz bleiben oder sollen ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und damit unsere Freiheit und die schweizerische Neutralität preisgegeben werden? Sollen wir Schweizer gleichsam einen Kolonialvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) – heute EU – unterzeichnen? Bundesrat und Parlament wollten dies, wir stemmten uns erfolgreich dagegen.

von Alt Bundesrat Christoph Blocher, Unternehmer, Herrliberg (ZH)

Der Bundesrat schrieb damals in seiner Botschaft ans Parlament: "Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als letztes Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat."

Schweiz wäre heute Mitglied in der EU

Am 6. Dezember 1992 sagten Volk und Stände Nein zu diesem Kolonialvertrag und sprachen sich für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz aus. Hätten die Stimmbürger am Samichlaustag 1992 nicht Nein gesagt: Die Schweiz wäre heute Mitglied der EU.

Eigeninteressen statt Volkswohl

Warum begannen dann auch immer mehr bürgerliche Politiker, an unseren bewährten Staatssäulen zu zweifeln und zu nagen? 1989, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks, was das Ende des Kalten Krieges bedeutete, verloren viele vollends den Kopf und meinten, nun sei der ewige Friede ausgebrochen. In pubertärer Naivität wollte man die Armee abschaffen oder doch völlig umbauen und suchte die Erlösung vom mühsamen Weg der Wahrung der Unabhängigkeit



Christoph Blocher damals die treibende Kraft hinter dem Nein zum EWR/EU vom 6. Dezember 1992: "Mit dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum bestätigte die Schweiz ihr Erfolgsmodell: Offenheit gegenüber aller Welt, aber eigenständige Gestaltung unserer politischen Verhältnisse. Hätten die Schweizer Ja gestimmt, wären Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, schweizerische Demokratie und Neutralität weitgehend preisgegeben worden, die Schweiz stünde heute schlechter da."

und Neutralität. Vielen war der souveräne Kleinstaat zu eng. Da kam die Integration in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG), die heutige Europäische Union, als Rettung. Die EU wurde zur grossen Projektion der eigenen Wünsche und Interessen. Das Volkswohl interessierte schon lange nicht mehr. Kriege werde es keine mehr geben. Grenzen gehören der Vergangenheit an. Kurze Zeit später versank das frühere Jugoslawien – bloss

eine Flugstunde von uns entfernt – in einen entsetzlichen, blutigen Bürgerkrieg.

Welt besteht aus Menschen

Viele Bürgerliche – im Gleichschritt mit den Wirtschaftsverbänden – träumten 1992 zudem von grenzenlosen Binnenmärkten, sehnten sich nach Währungsunionen und ungeahnten Wirtschaftsperspektiven. Diese Kreise übersahen, dass die Welt aus Menschen und nicht aus intellektuel-



nd Freiheit bewahrt

len Konstruktionen besteht. Sie wollten nicht sehen, wie falsch die EU konstruiert wurde. Damals, 1992, war die EU erst ein Projekt, man wusste nicht genau, was daraus werden wird. Eine Auseinandersetzung mit dieser Fehlkonstruktion war damals noch schwieriger als heute.

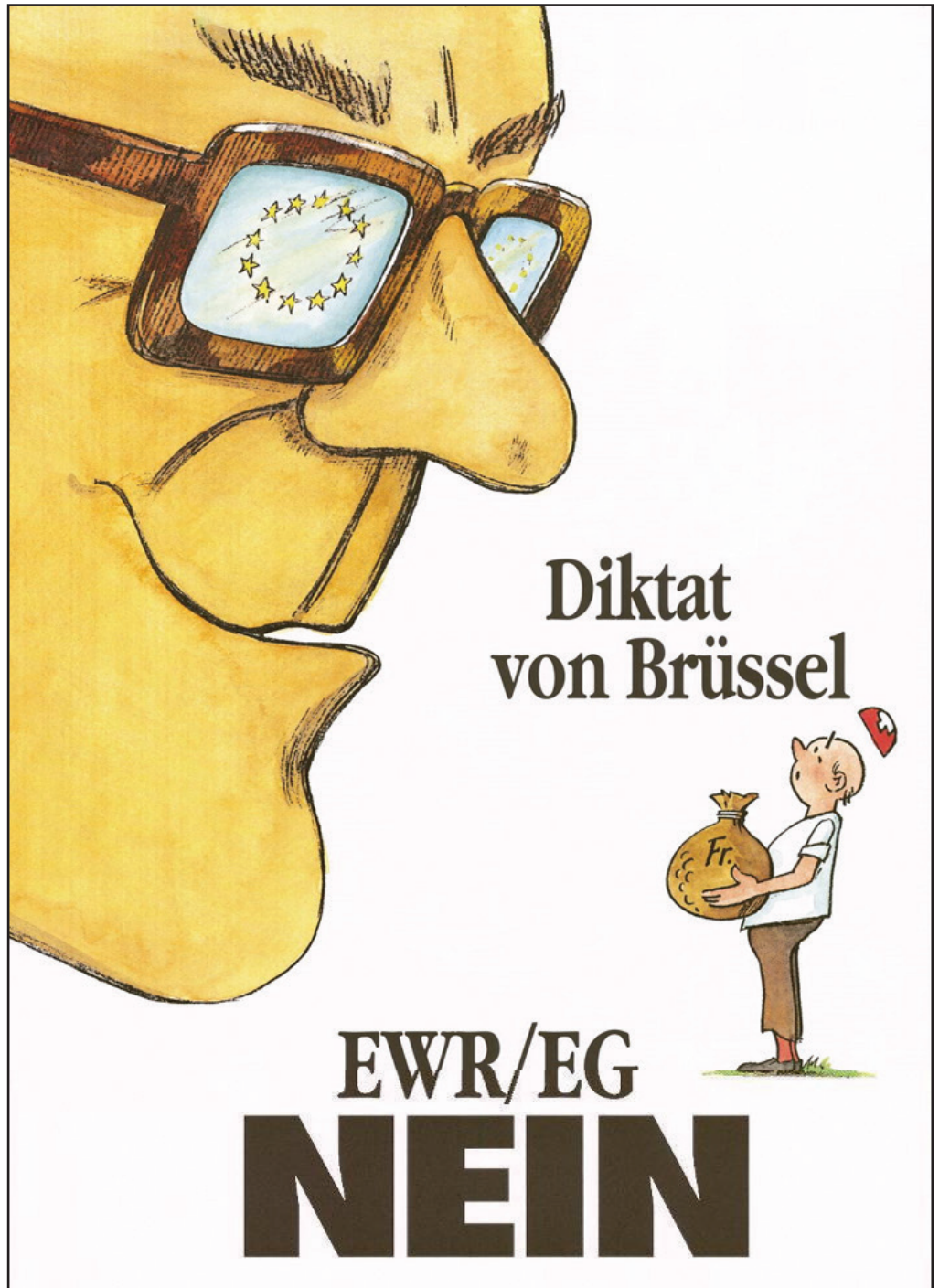
Neuer Ankettenvertrag

Ankündigungsbundespräsidentin Doris Leuthard will, dass die Schweiz, 2018 ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU unterzeichnet. Also wieder eine Anketten an die EU – nur noch schlimmer als beim damaligen EWR. Die Schweiz soll sich mit diesem Vertrag zur generellen Übernahme von fremden Gesetzen, zur Anerkennung von fremden Richtern und zu Strafmassnahmen, die die EU gegen die Schweiz ergreifen kann, bereit erklären. Auch bei dieser Abstimmung wird es wieder **um Sein oder Nichtsein der Schweizerischen Eidgenossenschaft gehen**.

Alle gegen die SVP

Und leider steht die SVP wieder alleine da. Die Classe politique wird wieder für die Preisgabe der Schweiz sein. Damit ist die SVP wieder gefordert. Wie schon 1992! Immerhin haben wir es heute etwas einfacher als 1992. Bei der EWR-Abstimmung 1992 war die Bevölkerung punkto EU-Beitritt noch praktisch in zwei gleiche Teile gespalten. Heute wollen 80 Prozent der Bevölkerung nicht mehr in die EU – auch die Westschweiz nicht mehr. Die Neutralität hat heute sogar Zustimmungsraten von weit über 90 Prozent.

Angesichts dieser Tatsachen haben die Politiker ihre Fahnen – aber nicht ihre Meinung – gewechselt.



Am 6. Dezember 1992 sagten Volk und Stände Nein zu diesem Kolonialvertrag und sprachen sich für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz aus. Hätten die Stimmbürger am Samichlaustag 1992 nicht Nein gesagt: Die Schweiz wäre heute Mitglied der EU.

Die bürgerlichen Parteien FDP und CVP behaupten zwar offiziell, sie wollten nicht mehr in die EU. Aber

dieser Vertrag, der die Schweiz schlussendlich zwingend in die EU führt, den wollen sie.



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN 

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Im Dezember für SVP-Firmen mit Netzwerk

1. Farb- oder s/w-Laserdrucker GRATIS von brother - allerneueste Generation

Sie bezahlen nur die Vor-Ort-Garantie (Fr. 3.- (Farbe 4.-) pro Monat Fixe Kosten pro Druck 1,9 Rp. (Farblaser 2,5/15 Rp.) ohne Minimum. Gratis automatische Lieferung von Verbrauchsmaterial

s/w-Laserdrucker
HL-5110DN mit Duplex und Netzwerk, 40 S./min. Normalpreis Fr. 319.00

Farb-Laserdrucker
HL-8260CDW mit Duplex Netzwerk, WLAN, 31 S. M Normalpreis Fr. 349.00

High-Speed und Multifunktions-Drucker zu absoluten Top-Konditionen (Preise anfragen) Cashback bis Fr. 350.00

Das absolute TOP-Gerät von Brother
Druck, Kopie, Scan, Fax in Farbe
31 Farbseiten pro Minute
qualitativ der bisher beste Brother
Vollduplex, Scan – 100 Bilder/min.
USB, WLAN und Gigabit-Netzwerk
16,5-cm-Farb-Touchscreen
Inkl. Toner für 6500 Seiten
12 verschiedene, nützliche Apps
Papiervorrat 80 + 250 + 500 Blatt
Auflösung bis 2400 dpi
u.a. Airprint, Google Cloud Print



Fr. 5.-/Monat für Vorort-Garantie, wahlweise 3, 4, 5 Jahre), Clickpreise nur 0,9 Rp. s/w, 5,8 Rp. Farbig, ohne Minimum **Grösste Ersparnis** zu Ihrem A4-Gerät. Wir beweisen es.

OCotex AG – 041 799 50 00 – info@ocotex.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

GOAL GLOSSAR

 **emotional**

emotional
<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»
<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, www.uvek.admin.ch, VBS, wikipédia, Kurt Reichenbach, SVP Schweiz, HEV Schweiz.

Jahresrückblick mit dem «höchsten Schweizer»

Nur wenige Menschen haben die Ehre, einmal im Leben höchster Schweizer zu sein. Der 49-jährige Jürg Stahl aus Winterthur war einer davon. Er blickt auf ein bewegtes Jahr als Nationalratspräsident zurück.



Jetzt gilt es wieder, die Arbeit als "normales" Mitglied des Nationalrat gut und mit Herzblut zu machen.

SVP-Klartext: Dein Jahr als Nationalratspräsident neigt sich allmählich dem Ende zu. Was war dein schönstes Erlebnis (oder Begegnung) oder was hat dich während deiner Amtszeit positiv überrascht?

Jürg Stahl: Es gab in meinem Präsidentschaftsjahr viele schöne und eindrückliche Erlebnisse und Begegnungen - etwas das mich aussergewöhnlich berührt hat und sicher auch über "mein" Jahr als Präsidenten des Nationalrates bleibt: Meine Kameraden der Männerriege Brütten (eine Abteilung des Turnvereins) hat zu Ehren meiner Wahl eine "Friedensbrücke" gebaut - sie ist ca. 6m lang, 1 Meter breit und ca. 1 Meter hoch und steht auf dem Schulhausplatz in meiner Wohngemeinde. Dort dient sie den Schülerinnen und Schülern (ich habe gehört, dass auch schon etliche Erwachsenen Gebrauch gemacht haben), als Brücke um sich darauf nach Streitereien die Hand zu geben... ich finde das ein sehr starkes Symbol!

Überrascht hat mich - obwohl ich es schon "gäng gwüssst haa" - die Vielfalt in unserem Land; so vieles funktioniert gut und irgendwie selbstverständlich!

Zu Beginn deiner Amtszeit sagtest du, du möchtest den «unauffälligen, unspektakulären und sich für die Gesellschaft einsetzenden» Menschen eine Stimme geben. Inwiefern hat sich das in deiner Tätigkeit wiedergespiegelt (wie hast du dieses Ziel erreicht)?

Indem ich oft unterwegs war - auch an Orten/Ereignissen wo der Nationalratspräsident vielleicht nicht erwartet wird. Kleinere und mittlere Veranstaltungen wie Diplomfeiern, KMU-Jubiläen, Gedenkveranstaltungen, Beförderungsfeiern, Vereinsanlässe, usw. durfte ich besuchen und merkte, welche Kraft im Ehrenamt und in der Leidenschaft so vieler Menschen steckt, die einfach ihren Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft leisten. Ja dieses Ziel habe ich erreicht!

Wie geht es bei dir ab nächstem Jahr politisch weiter (wo setzt du deine Schwerpunkte oder worauf wirst du dich fokussieren)?

Jetzt gilt es wieder, die Arbeit als "normales" Mitglied des NR gut und mit Herzblut zu machen. Neu darf ich für unsere Fraktion in der Geschäftsprüfungskommission Einsitz nehmen und dort eine Subkommission präsidieren, daneben werde ich wieder aktiv als Mitglied in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit für unsere Ideen kämpfen. Es ist aber kein Geheimnis, dass ich als Präsident von Swiss Olympic auch im Parlament dafür kämpfe, dass nach sehr langer Zeit (1948) die Schweiz wieder Austragungsort von olympischen Winterspielen sein darf. Auch wenn die Spitze meiner Partei eine erste kritische Stellungnahme zur möglichen Unterstützung durch den Bundesrat abgegeben hat, weiss ich sehr genau, dass gerade in SVP-Kreisen das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit in Sportvereinen sehr stark verankert ist. Sport ist mehr als Bewegung und das Ehrenamt ist das enorm starke Fundament des Schweizer Sports. Darum kämpfe ich auch mit Leidenschaft und aus Überzeugung für das Projekt "Sion2026" mit der Gewissheit, dass sich auch viele SVPlernerinnen und SVPlerner tagtäglich und grosser Motivation für den Sport einsetzen!

Wo siehst du für 2018 den dringenden Handlungsbedarf für die Schweizer Politik?

Unabhängigkeit, Freiheit, Sicherheit und unsere Tugenden bewahren, ist die Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Schweiz.

Ein Ja, um die SRG zur Vernunft zu bringen

Haben Sie sich nicht auch schon gefragt, warum eine Abstimmungsvorlage bereits Monate vor dem Urnengang derart hohe Wellen wirft, wie die No-Billag-Initiative? Grund: Es gibt Handlungsbedarf. Das wissen die SRG-Verantwortlichen. Deshalb rotieren sie. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer sind sich nämlich in einem Punkt einig: Die SRG ist zu gross und zu teuer geworden! Zur Selbstbeschränkung ist sie leider nicht in der Lage.

Für Bundespolitiker stellten sich in den letzten Jahren die Fragen: Wie kann die SRG zurückgebunden werden, damit sie die privaten Anbieter im Medienmarkt nicht erdrückt. Und wie kann der Service public trotzdem in allen Sprachregionen gesichert werden?

Linke und Mitte-Parteien schützen SRG

Meine Kolleginnen und Kollegen in der zuständigen Kommission haben mit Vorstössen und Anträgen alles versucht. So wurde etwa diskutiert, ob man 10 Prozent des SRG-Budgets einsparen könnte. Ohne Erfolg. Die SRG sei dazu nicht in der Lage, meinte eine Mehrheit aus Linken und Mitte-Parteien.

Diskutiert wurde auch ein Gegenvorschlag zur No-Billag-Initiative von Kollege Gregor Rutz, welcher die Radio- und TV-Gebühren von heute 450 auf künftig 200 Franken reduzieren wollte. Unternehmen sollten komplett gebührenbefreit werden. Ohne Erfolg.

« Es geht im März 2018 also nur noch um die Frage: «Billag or No-Billag?» Wer an der heutigen Situation etwas ändern will, hat keine andere Wahl als Ja zu stimmen zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren. »

Haben Sie gewusst, dass...

die SRG 17 Radio- und 7 TV-Sender sowie 8 Webseiten mit publizistischem Angebot betreibt?

Hinzu kommen 108 Facebook-, 54 Twitter- und 32 Instagram-Konten sowie 42 Youtube-Kanäle in zehn Sprachen. Alleine für die Betreuung des Online-Angebots gibt die SRG jährlich 56 Millionen Franken aus.

Dies gab der Bundesrat auf eine Anfrage von SVP-Nationalrat Claudio Zanetti (ZH) zu. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass diese Medienlawine mit Service public nichts mehr zu tun hat, sondern mit purer Verdrängung der privaten Konkurrenz?

SRG SSR

Es geht im März 2018 also nur noch um die Frage: «Billag or No-Billag?» Wer an der heutigen Situation etwas ändern will, hat keine andere Wahl als Ja zu stimmen zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren.

No-Billag nicht das Ende des Service public

Niemand will die SRG zerstören, auch die SVP nicht. Aber mit einem Ja zur No-Billag-Initiative kann man die SRG auf den Boden der Realität zwingen. Denn so wie heute geht es nicht weiter. Jährlich werden Haushalte und Unternehmen mit Zwangsgebühren von rund 1.35 Milliarden Franken belastet. Davon erhält die SRG 91.5 Prozent für den Betrieb von mittlerweile 17 Radio- und 7 Fernsehprogrammen sowie diversen Websites und über 200 Social Media-Kanälen. Viele davon betreiben einen politisch gefärbten Main-



Denn so wie heute geht es nicht weiter. Jährlich werden Haushalte und Unternehmen mit Zwangsgebühren von rund 1.35 Milliarden Franken belastet. Davon erhält die SRG 91.5 Prozent für den Betrieb von mittlerweile 17 Radio- und 7 Fernsehprogrammen sowie diversen Websites und über 200 Social Media-Kanälen.

stream-Journalismus und/oder bringen Inhalte, die mit Service public schlicht nichts zu tun haben.

Eine kleine Gruppe vom Bundesrat ausgewählter Privatfernseh-Sender profitiert zudem von heute 68 Millionen Franken Gebührengelder aus dem Billag-Topf. Diese Sender zeigen, dass mit vergleichsweise wenig Geld bereits ein recht guter Service public geleistet werden kann.

SRG von Grund auf neu ausrichten
17 Radio- und 7 TV-Sender in der kleinen Schweiz – das ist Grössenwahn und nicht der Sinn des Service public. Der Sinn wäre, sprachliche Minderheiten zu berücksichtigen und die nationale Kohäsion zu fördern, wie es in der Konzession steht - sich also von den Programmen der Privaten zu unterscheiden. Und dieser Auf-

trag sollte künftig mit einem TV- und einem Radiosender pro Sprachregion problemlos machbar sein. So wie es ursprünglich einmal war.

Werbeeinnahmen und verkaufte Sendungen

Bei einem Ja zur Abschaffung der Zwangsgebühren wird die SRG nicht abgeschafft, sondern verkleinert und künftig stärker aus Werbeeinnahmen und den Erlösen verkaufter Sendungen finanziert. Die «Tagesschau», «Meteo», «Arena», «SRF bi de Lüt» oder «Landfrauenküche» sowie bestimmte Sportübertragungen werden von der SRG auch künftig ausgestrahlt. Da muss man keine Angst haben. Das sind Quoten-Perlen im Programm. Wenn nicht, würden sofort Private in die Bresche springen. Und ein Radiosender wie etwa SRF 3 könnte heu-

te schon privatisiert werden. Man würde sich auf dem privaten Markt darum reissen.

Es gibt Alternativen

Machen wir uns nichts vor. In einer Zeit von Zattoo, Youtube, Netflix und Co., in der immer mehr Menschen nicht mehr bereit sind, für etwas zu bezahlen, was sie gar nicht nutzen, sind Zwangsgebühren ein Relikt aus vergangenen Tagen. Ein Ja zur No-Billag-Initiative ist ein Ja zu einem liberaleren, moderneren und fortschrittlicheren Mediensystem in der Schweiz.

*von Nationalrat
Christian Imark,
Fehren (SO)*



Geht dem Eigenmietwert die Luft aus?

Der Eigenmietwert bestraft Eigentümer von selbstgenutztem Wohneigentum, indem das steuerbare Einkommen durch einen fiktiv errechneten Mietwert erhöht wird. Dadurch wird das verfügbare Einkommen reduziert, ohne dass ein tatsächlicher Mehrwert entsteht.

Ein Jahrhundert Bestrafung der Eigentümer

Im Zuge des ersten Weltkriegs wurde der Eigenmietwert als übergangsmässig befristete Notabgabe eingeführt, um Zinsausfälle zu kompensieren. Wie häufig bei übergangsmässig eingeführten Steuern und Abgaben wurde schnell offensichtlich, dass hier für den Staat eine willkommene Einnahmequelle besteht. So wurde die Steuer im Laufe der Jahre von einer Notabgabe in ordentliches Recht umgewandelt. Der Eigenmietwert bestraft heute mehr denn je Wohneigentümer, die ihre eigenen vier Wände selber bewohnen.

Besonders Rentner leiden

Die Eigenmietwertbesteuerung belastet grundsätzlich alle Wohneigentümer. Besonders bestraft sind die älteren Generationen. Sie haben die eigenen vier Wände oftmals als Altersvorsorge erworben und die Hypotheken amortisiert. Mit Eintritt in das Rentenalter sinkt das verfügbare Einkommen, nicht aber die Steuerbelastung durch den Eigenmietwert. Nicht selten muss nun jeder Rappen umgedreht oder gar ein Verkauf in Betracht gezogen werden.

Bedürfnis der Bevölkerung

Der Hauseigentümerversand (HEV Schweiz) hat im vergangenen Jahr in gerade mal vier Monaten über 145'000 Unterschriften für die Petition „Eigenmietwert abschaffen“ gesammelt. Das Ziel war es, die Diskussion um den Eigenmietwert anzukurbeln und auf die Interessen der Wohneigentümer aufmerksam zu machen. Im Zuge dessen schlug



Die Eigenmietwertbesteuerung belastet grundsätzlich alle Wohneigentümer. Besonders bestraft sind die älteren Generationen. Sie haben die eigenen vier Wände oftmals als Altersvorsorge erworben und die Hypotheken amortisiert.

die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben einen generellen Systemwechsel vor, der auch von der nationalrätlichen Schwesterkommission unterstützt wurde. Die Vorstoss „Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung“ sieht eine Aufhebung der Wohneigentumsbesteuerung bei selbstgenutztem Wohneigentum unter gleichzeitiger Aufhebung der Abzugsmöglichkeiten vor.

Lösung wird auf sich warten lassen

Die Zustimmung beider Kommissionen zum generellen Systemwechsel ist erfreulich und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dennoch liegt noch ein weiter Weg vor den betroffenen Wohneigentümern, die sich weiterhin in Geduld üben müssen. Denn

nun hat die ständerätliche Kommission zwei Jahre Zeit, einen konkreten Gesetzesvorschlag zur Umsetzung des Vorstosses zu verfassen und diesen dann zur Beratung in die Räte zu geben. Es bleibt zu hoffen, dass die Ausarbeitung des Entwurfs rasch vorwärts geht und in den Räten Zustimmung findet, damit die über hundertjährige Bestrafung der Wohneigentümer bald ein Ende findet.

von Nationalrat
Hans Egloff,
Aesch (ZH)



Eine "wahre" Freundschaft

Kurz vor der Adventszeit erzähle ich Ihnen von einer wunderbaren Weihnachtsgeschichte wie sie sich erst kürzlich im fernen Bern zugetragen hat. Ein europäischer Hirte namens Jean-Claude Juncker traf dort auf das bundesrätliche Christkind Doris Leuthard.



Am 23. November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Bern. Anlässlich seines Besuches hat der Bundesrat die Zusage gemacht, der EU 1.3 Mia. Franken zu schenken. Es handelt sich hierbei um die Fortführung der berühmten «Kohäsionsmilliarde».

Es ist kein Geheimnis: Der Hirte Juncker und seine Schäflein hatten in den vergangenen Jahren wenig Freude an den unabhängigen und eigensinnigen Schweizern. Nachdem sich das aufmüpfige Völkchen gegen weitere Völkerwanderungen in ihr Paradies aussprach, kündigte ihnen der Hirte kurzerhand die Freundschaft. Diese unangenehme Situation dauerte so lange an, bis die parlamentarische Kaste beschloss, die Beschränkung der Völkerwanderungen nur zum Schein umzusetzen und sich der Bundesrat mehrmals

beim Hirten Juncker und seinen Kameraden entschuldigte.

Nun geschah in Bern aber wahrlich ein Weihnachtswunder... Obwohl die einstige Harmonie und Freundschaft getrübt erwartet wurde, kamen sich die beiden in der besinnlichen Weihnachtszeit plötzlich näher. Zur Versöhnung wurden sogar Küsschen ausgetauscht! Das alles verdankten die staunenden Schweizer dem Christkind Leuthard, welches dem Hirten eine grosszügige Spende versprach. Die Rede ist von einer grossen und bis oben prall gefüllten

Schatztruhe, die Schweizer Franken in einem exakten Wert von 1.302 Milliarden enthalten soll und für den Osten genutzt werden darf.

Der Hirte bedankte sich denn auch artig. Als aber nichts Weiteres geschah, wurde das Christkind blass und ein bisschen unruhig. Erwartungsvoll fragte es, was es denn selber für eine Überraschung erhielt? Als die Antwort ausblieb, reagierte das Christkind und versicherte schnell, es hätte noch ein weiteres Geschenk: Man könne ja die Eigenständigkeit und Freiheit für alle Zukunft an die Hirten opfern, so dass es nur noch ein gemeinsames europäisches Recht gäbe. Das Völkchen der Eidgenossen würde so ebenfalls zu Junckers Schäflein und alle Probleme seien für immer gelöst. Der Hirte schien ab diesem "Freundschaftsvertrag" erfreut und sagte umgehend zu.

Von nun an waren das Christkind und der Hirte unzertrennliche Freunde. Was keiner der beiden wusste war, dass bald ein kraftvolles Sünneli den ganzen Winterzauber rigoros weschmelzen und sich alle gloriosen Versprechen in Luft auflösen würden...

von Nationalrätin
Magdalena
Martullo-Blocher,
Lenzerheide (GR)



Obwohl es in der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU verschiedene Baustellen gibt, hat der Bundesrat den Geldsegen an keinerlei Gegenleistungen geknüpft. Die SVP setzt sich nun mit allen Mitteln dafür ein, dass hier das Stimmvolk das letzte Wort erhält.



18. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 17. Februar 2018

09:45 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

Turmatthalle, Stans NW

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.-
ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 20.-
Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung inkl. Details und Wegbeschrieb.

Anmeldeschluss ist der 9. Februar 2018

Organisation

SVP Stans unter der Leitung von OK-Präsident Marc Christen und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Fabian Cadonau.

✂-----

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 18. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 17. Februar 2018 an:

Französische Karten Deutschschweizer Karten Egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

**Anmeldung bis spätestens 9. Februar 2018 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: anmeldung@svp.ch**